

US-Außenminister John Kerry scheint mit seiner scharfen Kritik an der Siedlungspolitik der israelischen Regierung auch die New York Times überrascht zu haben.

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 006/17 – 11.01.17**

Kerry macht der israelischen Regierung schwere Vorwürfe und nennt ihre Siedlungspolitik eine Bedrohung für den Frieden

Von David A. Sanger

The New YorkTimes, 28.12.16

(<http://www.nytimes.com/2016/12/28/us/politics/john-kerry-israel-palestine-peace.html>)

WASHINGTON – US-Außenminister John Kerry hat dem israelischen Premierminister Benjamin Netanjahu am Mittwoch vorgeworfen, den Frieden im Nahen Osten zu hintertreiben; er tat das in einer Klarheit und Härte, mit der vorher noch kein US-Diplomat einen der engsten und stärksten Verbündeten der USA gerügt hat.

Von seiner vierjährigen Amtszeit als US-Außenminister, die stark von seinen Bemühungen um Frieden im Nahen Osten geprägt war, sind zwar nur noch 23 Tage übrig, trotzdem hat John Kerry die israelische Regierung beschuldigt, in dem jahrzehntelangen Konflikt mit den Palästinensern jede Hoffnung auf eine Zwei-Staaten-Lösung untergraben zu haben (s. dazu auch http://luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP09014_020614.pdf).

Mit ihrer Enthaltung bei der Abstimmung über eine in der letzten Woche vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen verabschiedeten Resolution (s. http://www.un.org/depts/german/sr/sr_16/sr2334.pdf), in der die israelische Regierung wegen ihres anhaltenden Siedlungsbaues im Westjordanland und in Ost-Jerusalem verurteilt wird, habe die US-Regierung den Staat Israel vor weiterem, von den "extremsten Elementen" in seiner eigenen Regierung angerichteten Schaden bewahren wollen (weitere Infos dazu s. unter <http://www.zeit.de/politik/ausland/2016-12/un-resolution-israel-usa-benjamin-netanjahu-barack-obama-donald-trump-siedlungsbau>).

"Der jetzige Zustand bewirkt nur, dass ein Staat weiterhin (auf dem Territorium eines anderen Volkes) als Besatzer agieren muss," sagte Kerry mit erhobener Stimme (s. dazu auch http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP09114_060614.pdf).

Nach Jahren voller Spannungen und Frustrationen war Kerrys Rede eine deutliche öffentliche Warnung der Obama-Regierung an die israelische Regierung, sich nicht total zu isolieren und damit in einen nie endenden Krieg gegen die Palästinenser zu verstricken.

Sofort gab es harsche Reaktionen, nicht nur von Netanjahu, sondern auch von US-Senatoren wie John McCain (s. https://de.wikipedia.org/wiki/John_McCain), einem Republikaner aus Arizona, und Chuck Schumer (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Charles_Schumer), einem Demokraten aus New York. Der gewählte Präsident Donald J. Trump hat Außenminister Kerry sogar schon vor dessen Rede zurückgepfiffen.

Das Verhältnis zwischen den USA und Israel ist so schlecht, wie es seit der Anerkennung des gerade erst gegründeten Staates Israel durch den US-Präsidenten Harry S. Truman im Mai 1948 noch nie war (grundlegende Infos dazu s. unter http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_11/LP02011_310111.pdf). Auf Netanjahus am Wochenende geäußerten Vorwurf, "Freunde lassen Freunde vor dem Sicherheitsrat nicht im Stich" – die sich auf die

US-Enthaltung bei der Verurteilung der israelischen Siedlungspolitik durch den UN-Sicherheitsrat bezog – reagierte Kerry mit der Feststellung, die USA hätten sich so verhalten, weil sie ein treuer, um die Zukunft des Staates Israel besorgter Verbündeter seien.

Dann fügte er noch hinzu: "Einige scheinen zu glauben, die Freundschaft der USA bedeute, dass wir die Politik Israels unabhängig von unseren eigenen Interessen, unseren eigenen Positionen, unseren eigenen Aussagen und unseren eigenen Prinzipien bedingungslos unterstützen müssten, obwohl wir die israelische Regierung schon lange und immer wieder gedrängt haben, ihre Politik zu ändern. Freundschaft bedeutet auch, dass man harte Wahrheiten ausspricht und sich trotzdem gegenseitig respektiert."

Gegen Ende seiner 70-minütigen Rede im Auditorium des US-Außenministeriums (s. <https://www.state.gov/secretary/remarks/2016/12/266119.htm>) gestand Kerry zu, dass der neu gewählte Präsident Trump durchaus die gegenwärtige Israel-Politik der USA ändern und von der seit Jahrzehnten von Republikanern und Demokraten unterstützten Zwei-Staaten-Lösung abrücken könne. David M. Friedman (s. dazu auch https://de.wikipedia.org/wiki/David_M._Friedman), den Trump als neuen US-Botschafter nach Israel entsenden will, ist gegen eine ausgehandelte Zwei-Staaten-Lösung und hat sogar einige der von Kerry kritisierten israelischen Siedlungen mitfinanziert.

Aus dem Urlaub in Palm Beach, Florida, hat Trump schon zwei Einsprüche getwittert, bevor Kerry seine Rede halten konnte. "Wir können nicht zulassen, dass Israel mit solcher Missachtung und Geringschätzung behandelt wird," schrieb er am Mittwoch. Bereits letzte Woche hatte er das Atomabkommen mit dem Iran in Frage gestellt und nach der US-Enthaltung im Sicherheitsrat geschrieben: "Bleib stark, Israel, der 20. Januar kommt schnell!"

Netanjahu reagierte sofort: Trump twitterte er seinen Dank, und Kerry griff er in einer Video-Botschaft frontal an.

"Der ganze Mittlere Osten steht in Flammen, komplette Staaten wanken, Terroristen wüten und der US-Außenminister hat nicht Besseres zu tun, als die einzige Demokratie in dieser Region in einer langen Rede niederzumachen," polterte Netanjahu. "Kerry weiß offensichtlich nicht, dass Israel das einzige Land im Nahen Osten ist, in dem Weihnachten noch in Frieden und Sicherheit gefeiert werden kann. Und das scheint ihn auch nicht zu interessieren."

Kerrys Rede wurde auch in den USA kritisiert.

McCain bezeichnete sie als "unsinnige Tirade", und Schumer, der nächste Sprecher der Demokraten im US-Senat, warf Kerry vor, die Extremisten beider Seiten "ermutigt" zu haben.

Kerry erwähnte auch die Gewalttaten der Palästinenser, die "extremen" Forderungen der Hamas und die Weigerung der Palästinenser, den Staat Israel anzuerkennen, die meiste Zeit beschäftigte er sich aber mit dem zentralen Konflikt, dem unter Netanjahu forcierten Siedlungsbau an strategisch wichtigen Orten, der eine Zwei-Staaten-Lösung in immer weitere Ferne rücke.

Kerry wies darauf hin, dass Israel inmitten einer schnell wachsenden arabischen Bevölkerung nicht als jüdischer und demokratischer Staat überleben könne, wenn es nicht die von allen US-Präsidenten geforderte Zwei-Staaten-Lösung akzeptiere.

Mahmud Abbas, der palästinensische Präsident, reagierte auf Kerrys Rede mit der Aufforderung an Israel, den Siedlungsbau zu stoppen und wieder in Verhandlungen einzutreten.

"In der gleichen Minute, in der die israelische Regierung erklärt, alle Baumaßnahmen – auch im besetzten Ost-Jerusalem und seiner Umgebung – einzustellen und die bereits geschlossenen Verträge auf der Grundlage gegenseitiger Respektierung umzusetzen, ist die palästinensische Führung bereit, die Verhandlungen über eine dauerhafte Vereinbarung wieder aufzunehmen.

Netanjahu erklärte sich bereit, jederzeit mit Abbas zu reden – aber nur ohne irgendwelche Vorbedingungen.

Es war bemerkenswert, dass Kerry und nicht Obama diese Rede gehalten hat. Dieser Präsident hat nie viel von Friedensverhandlungen im Nahen Osten gehalten und immer bezweifelt, dass sie erfolgreich sein könnten. Nach dem Scheitern der Friedensgespräche in Camp David im Jahr 2000 hat der damalige Präsident Bill Clinton einige Tage vor dem Ende seiner Amtszeit noch selbst in einer Rede Empfehlungen für eine Einigung gegeben.

Auch Clinton hat die Siedlungspolitik Israels kritisiert, aber in viel gemäßigeren Tönen. Kerry hat der israelischen Regierung vorgeworfen, mit dem Siedlungsbau gegen das Völkerrecht zu verstoßen und angemerkt, diese Auffassung vertrete das US-Außenministerium schon seit 1978.

"Der israelische Premierminister unterstützt zwar öffentlich die Zwei-Staaten-Lösung, aber seine gegenwärtige Koalition ist die am weitesten rechts stehende in der Geschichte Israels, und sie wird auch noch von Extremisten dominiert," stellte Kerry fest. "Die Politik dieser Regierung, die nach Aussage des israelischen Premierministers mehr Wert auf den Siedlungsbau legt, als jede andere Regierung zuvor, führt daher in die entgegengesetzte Richtung – zu einem Staat."

In neuerer Zeit hat die US-Diplomatie Handlungen eines engen Verbündeten selten so scharf kritisiert und missbilligt, wie Kerry das am Mittwoch getan hat – ohne die Zurückhaltung, die seine vierjährige Amtszeit prägte. Zuletzt hat das die Eisenhower-Regierung getan, als sie 1956 die Invasion der ägyptischen Sinai-Halbinsel durch Großbritannien, Frankreich und Israel verurteilte und Großbritannien mit finanziellen Sanktionen drohte (s. <https://de.wikipedia.org/wiki/Sueskrise>).

Kerrys Grundsätze für eine Verhandlungslösung sind nicht neu. Sie stammen aus den 1990er Jahren und aus noch älteren UN-Resolutionen (Wortlaut s. unter <https://www.-state.gov/r/pa/prs/ps/2016/12/266156.htm> , Teilübersetzung im nachfolgenden Kasten)

Grundsatz 1: Errichtung sicherer und international anerkannter Grenzen zwischen Israel und einem lebensfähigen Staat Palästina mit einem in sich geschlossenen Staatsgebiet, das durch Landtausch auf Basis der 1967 geltenden Grenzen ausgehandelt wird.

Grundsatz 2: Erfüllung der in der Resolution 181 der UN-Generalversammlung entwickelten Vision von zwei Staaten für zwei Völker, einen jüdischen und einen arabischen, die sich gegenseitig anerkennen und ihren jeweiligen Bürgern volle Gleichberechtigung zugestehen.

Grundsatz 3: Erarbeitung einer einvernehmlichen, realistischen Lösung des palästinensischen Flüchtlingsproblems mit internationaler Unterstützung, die Entschädigungen, eine dauerhafte Lösung des Wohnungsproblems, eine Anerkennung der Leiden, und andere Maßnahmen einschließt, die für eine umfassende Beilegung des zwischen beiden Staaten und beiden Völkern bestehenden Konfliktes notwendig sind.

Grundsatz 4: Jerusalem wird die international anerkannte Hauptstadt zweier Staaten, die sich gegenseitig freien Zugang zu den bestehenden Heiligen Stätten gewähren.

Grundsatz 5: Wenn das Bedürfnis Israels nach Sicherheit garantiert ist, wird die Besetzung (palästinensischen Gebietes) beendet. Die Verteidigungsfähigkeit Israels bleibt erhalten, und Palästina garantiert seinen Bürgern Sicherheit in einem souveränen, aber entmilitarisierten Staat.

Grundsatz 6: Der Konflikt ist beendet, wenn alle Forderungen als erfüllt erklärt werden. Die künftig bestehenden normalen Beziehungen garantieren die von der Arabischen Friedensinitiative (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Arabische_Friedensinitiative) geforderte regionale Sicherheit.

Der 1. von Kerry genannte Grundsatz ist eine "sichere und anerkannte Grenze zwischen Israel und einem lebensfähigen Staat Palästina" mit einem zusammenhängenden (nicht von israelischen Siedlungen durchsetzten) Staatsgebiet. Der Staat Palästina soll auf Basis der 1967 geltenden Grenzen, aber unter Beachtung bestehender Gegebenheiten durch Landtausch und Beendigung der israelischen Besetzung gebildet werden.

Der 2. Grundsatz besagt, dass Palästina "ein unabhängiger, international anerkannter Staat des palästinensischen Volkes" sein soll, und im 3. Grundsatz wird eine faire, aber realistische Lösung des palästinensischen Flüchtlingsproblems durch Entschädigungen gefordert. Den seit 1948 vertriebenen Flüchtlingen und ihren Nachkommen wird aber "kein Recht auf Rückkehr" zugebilligt.

Im 4. Grundsatz wird vorgeschlagen, Jerusalem zur Hauptstadt beider Staaten zu machen, obwohl beide Staaten damit große Probleme haben dürften. Der 5. Grundsatz sieht eine Sicherheitsgarantie für Israel nach Beendigung der Besetzung vor.

Kerry hat sich als "einen der treuesten Freunde Israels" bezeichnet, der die Existenz Israels durch eine Zwei-Staaten-Lösung absichern möchte, so lange diese noch möglich ist.

"Wir haben uns diese Entscheidung nicht leicht gemacht, " sagte er zur Enthaltung der USA bei der Abstimmung über die Verurteilung Israels durch den UN-Sicherheitsrat, die mit 14 zu 0 Stimmen erfolgte. "Die Israelis wehren sich zu Recht gegen alle Versuche, ihren Staat zu delegitimieren, und diese Abstimmung hatte damit auch überhaupt nichts zu tun. Es ging nur darum, weitere Aktivitäten der Israelis und der Palästinenser zu verhindern, die eine Zwei-Staaten-Lösung unmöglich machen würden."

Kerry ließ auch seine persönliche Enttäuschung erkennen. Seit er 2013 das US-Außenministerium von Hillary Clinton übernommen hat, kümmerte er sich mit einem großen Engagement, das weder Hillary Clinton noch Barack Obama gezeigt hatten, um die sehr schwierigen Friedensverhandlungen im Nahen Osten. Er hatte den Ehrgeiz, den Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern in nur neunmonatigen Verhandlungen bis zum Sommer 2014 zu "beenden".

Das ist ihm aber nicht gelungen. Obwohl sich Kerry wiederholt mit den beiden Hauptkontrahenten, dem palästinensischen Präsidenten Abbas (weitere Infos dazu unter https://de.wikipedia.org/wiki/Mahmud_Abbas) und dem israelischen Premierminister Netanjahu, getroffen hat, konnten er und seine beiden Unterhändler Martin S. Indyk (s. https://en.wikipedia.org/wiki/Martin_Indyk) und Frank Lowenstein (s. <https://www.state.gov/r/pa/ei/biog/250618.htm>) keinerlei Fortschritte erzielen. Sie werfen beiden Seiten vor, Handlungen unternommen zu haben, die eine Einigung unmöglich machten; die andauernde Ausweitung der israelischen Siedlungen, mit der die israelische Regierung nach in den USA und in Europa vorherrschender Ansicht "irreversible Fakten auf dem Boden" schaffen will, die nicht durch Landtausch rückgängig gemacht werden können, blieb das größte Hindernis.

Netanjahu beschuldigte die US-Regierung, vor der Abstimmung im UN-Sicherheitsrat Stimmung gegen Israel gemacht zu haben, und Mitglieder seiner Regierung warfen Kerry und Obama vor, Israel einen Dolch in den Rücken gestoßen zu haben. Die Behauptung israelischer Offizieller, man habe sogar Beweise für die Intrige der USA, wies Kerry am Mittwoch zurück.

Netanjahu wartet den baldigen Abgang Obamas und Kerrys ab; Pläne für den Bau einer neuen Siedlung in Ost-Jerusalem wurden nur Stunden vor Kerrys Rede erst einmal zurückgestellt.

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in Klammern versehen, die unbedingt beachtet werden sollten.)

Wir zitieren eine wichtige Passage aus unserem Kommentar in der unter http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_11/LP02011_310111.pdf aufzurufenden LUFTPOST:

Palästina ist für drei monotheistische Weltreligionen – für das Judentum, das Christentum und den Islam – ein "Heiliges Land". Wenn die UNO ihrer Verantwortung für ein gleichberechtigtes und friedliches Nebeneinander aller in diesem Land lebenden Menschen unterschiedlicher Religion gerecht werden will, muss sie das ganze ehemalige britische Mandatsgebiet Palästina so lange unter UN-Verwaltung stellen und kontrollieren, bis seine Einwohner sich auf eine gerechte einvernehmliche Regelung aller bestehenden Probleme, einschließlich der Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge und der Abgeltung aller Wiedergutmachungs- und Entschädigungsansprüche, verständigt haben.

Das wird natürlich nur möglich sein, wenn die zu treffenden harten Entscheidungen nicht wieder durch US-Vetos im UN-Sicherheitsrat blockiert werden können, sondern – wie bei der Entscheidung über den Aufteilungsplan – mehrheitlich von der UN-Generalversammlung beschlossen und durchgesetzt werden. Damit könnten die Staaten der Welt gleichzeitig Israel in die Schranken weisen und verhindern, dass es sich weiterhin über alle gegen seine illegalen Aktivitäten gerichteten UN-Resolutionen hinwegsetzt und das Völkerrecht ständig mit Füßen tritt. Am Ende dieses von der UNO mit Blauhelmsoldaten überwachten Friedensprozesses sollte ein gemeinsamer, säkularer und demokratischer Staat Palästina stehen, in dem alle Menschen, unabhängig von ihrer Religion und Herkunft, gleichberechtigt zusammenleben können. (s. dazu auch die unter https://senderfreiespalaestina.de/petition/main_de.html aufzurufende Stuttgarter Erklärung und die Stellungnahme Richard Falks, des Sondergesandten des UN-Menschenrechtsrates für die Palästinensischen Autonomiegebiete, die unter http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_11/LP00911_160111.pdf zu finden ist)

Kerry wollte sich mit dieser Rede vor seinem endgültigen Rückzug aus der Politik nur einen guten Abgang und ein Alibi verschaffen, das ihn von jeder Mitschuld an künftigen Auseinandersetzungen zwischen Israelis und Palästinensern freisprechen soll. Die israelische Regierung kann ihren seit 1948 betriebenen Landraub nur fortsetzen, weil alle US-Regierungen sie trotz verbaler Proteste nicht nur gewähren ließen, sondern sie in jeder Auseinandersetzung mit den Palästinensern und anderen arabischen Nachbarn immer mit Waffen- und Munitionslieferungen unterstützt haben. Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)

The New York Times

Kerry Rebukes Israel, Calling Settlements a Threat to Peace

By DAVID E. SANGER

DEC. 28, 2016

WASHINGTON — Secretary of State John Kerry accused Prime Minister Benjamin Netanyahu of Israel on Wednesday of thwarting peace in the Middle East, speaking with a clarity and harshness almost never heard from American diplomats when discussing one of their closest and strongest allies.

With only 23 days left in his four-year turn as secretary of state, during which he made the search for peace in the Middle East one of his driving missions, Mr. Kerry said the Israeli government was undermining any hope of a two-state solution to its decades-long conflict with the Palestinians.

The American vote last week in the United Nations allowing the condemnation of Israel for settlements in the West Bank and East Jerusalem, he added, was driven by a desire to save Israel from “the most extreme elements” in its own government.

“The status quo is leading toward one state and perpetual occupation,” Mr. Kerry said, his voice animated.

His speech was a powerful admonition after years of tension and frustration, with the Obama administration giving public voice to its long-held concern that Israel was headed off a cliff toward international isolation and was condemning itself to a future of low-level, perpetual warfare with the Palestinians.

Reaction was immediate and harsh, not only from Mr. Netanyahu, but also from Senators John McCain, Republican of Arizona, and Chuck Schumer, Democrat of New York. President-elect Donald J. Trump did not even wait for Mr. Kerry to speak before condemning the secretary of state.

The United States and Israel are in the middle of a breach rarely seen since President Harry S. Truman recognized the fragile Israeli state in May 1948. In a direct response to Mr. Netanyahu’s barb over the weekend that “friends don’t take friends to the Security Council” — a reference to the Obama administration’s decision to abstain from the resolution condemning the building of new settlements in disputed territory — Mr. Kerry said the United States acted out of a deeper understanding of the meaning of its alliance.

“Some seem to believe that the U.S. friendship means the U.S. must accept any policy, regardless of our own interests, our own positions, our own words, our own principles — even after urging again and again that the policy must change,” he said. “Friends need to tell each other the hard truths, and friendships require mutual respect.”

Toward the end of his 70-minute speech in the State Department’s auditorium, Mr. Kerry acknowledged that Mr. Trump may well abandon the major principles that the United States has used for decades of Middle East negotiations, including the two-state solution that both Republicans and Democrats support. Mr. Trump is nominating a new American ambassador, David M. Friedman, who has broken with even the pretense of supporting a two-state negotiated agreement and has helped fund some of the settlements Mr. Kerry denounced.

On vacation in Palm Beach, Fla., Mr. Trump posted two Twitter messages rejecting the speech before it was delivered. “We cannot continue to let Israel be treated with such total disdain and disrespect,” he wrote on Wednesday morning. After assailing the nuclear deal in Iran and last week’s vote at the Security Council, he said, “Stay strong Israel, January 20th is fast approaching!”

He was soon praised — also on Twitter — by Mr. Netanyahu, who later released a video statement that was unsparingly direct and dismissive of Mr. Kerry.

“The entire Middle East is going up in flames, entire countries are toppling, terrorism is raging and for an entire hour the secretary of state attacks the only democracy in the Middle East,” Mr. Netanyahu said. “Maybe Kerry did not notice that Israel is the only place in the

Middle East where Christmas can be celebrated in peace and security. Sadly, none of this interests the secretary of state.”

Mr. Kerry’s speech was criticized at home as well.

Mr. McCain called it a “pointless tirade,” while Mr. Schumer, the incoming Senate Democratic leader, said he feared that Mr. Kerry had “emboldened extremists on both sides.”

Mr. Kerry did make note of the Palestinian violence, the “extremist agenda” of Hamas, and the Palestinian unwillingness to recognize Israel. All, he said, were at the heart of the conflict. But Mr. Netanyahu’s continued support of settlements, “strategically placed in locations that make two states impossible,” he said, is driving a solution further and further away.

Mr. Kerry argued that Israel, with a growing Arab population, could not survive as both a Jewish state and a democratic state unless it embraced the two-state approach that a succession of American presidents have endorsed.

Mahmoud Abbas, the Palestinian president, responded to Mr. Kerry’s speech by calling on Israel to freeze housing construction in order to restart negotiations. “The minute the Israeli government agrees to cease all settlement activities, including in and around occupied East Jerusalem, and agree to implement the signed agreements on the basis of mutual reciprocity, the Palestinian leadership stands ready to resume permanent status negotiations,” he said.

Mr. Netanyahu has said he is willing to meet Mr. Abbas anytime for talks as long as there are no preconditions.

It was notable that it was Mr. Kerry who delivered the speech rather than President Obama, who has long kept a distance from Middle East peace negotiations, a pursuit he has always doubted would succeed. After talks at Camp David collapsed in 2000, it was President Bill Clinton himself who gave a speech laying out the parameters of an ultimate deal, about 10 days before leaving office in 2001.

At the time, Mr. Clinton also censured Israel for its settlements, but in far more measured terms. Mr. Kerry called them a violation of international law, a position he said the State Department had taken since 1978.

“The Israeli prime minister publicly supports a two-state solution, but his current coalition is the most right-wing in Israeli history, with an agenda driven by its most extreme elements,” he said. “The result is that policies of this government — which the prime minister himself just described as ‘more committed to settlements than any in Israel’s history’ — are leading in the opposite direction, towards one state.”

Seldom in modern American diplomacy has an American administration so directly confronted — and disavowed — a close ally’s actions as Mr. Kerry did on Wednesday, dropping most of the restraint he had shown in public over the past four years. One of the last times was during the Eisenhower administration, when the United States broke with Britain, France and Israel over the 1956 invasion of the Egyptian Sinai. Eisenhower had warned against the invasion and threatened to harm Britain’s financial system in retaliation.

When Mr. Kerry got to the principles for a future settlement, they were unsurprising. Many date to the 1990s or earlier, and many to past United Nations resolutions.

The principles he described started with a “secure and recognized border between Israel and a viable and contiguous Palestine,” based on Israel’s withdrawal from territory occupied since the 1967 war and land swaps to “reflect practical realities on the ground.”

A second principle was the creation of a state for the Palestinian people, and a third was a “fair and realistic solution to the Palestinian refugee issue,” including compensation. There was no mention of a “right of return” for refugees and their descendants forced to leave Israel and the Palestinian territories, back to 1948.

The fourth principle called for Jerusalem to be the recognized capital of both states, which Mr. Kerry said was “the most sensitive issue for both sides.” The fifth was an agreement to satisfy Israel’s security needs while ending its military occupation of Palestinian territories.

Mr. Kerry, who has cast himself as one of Israel’s greatest friends, said in recent months it became clear he had to “save the two-state solution while there was still time.”

“We did not take this decision lightly,” he said of the vote in the United Nations Security Council, where the American abstention allowed a 14-to-0 condemnation of Israel go forward. “Israelis are fully justified in decrying attempts to delegitimize their state and question the right of a Jewish state to exist. But this vote was not about that. It was about actions that Israelis and Palestinians are taking that are increasingly rendering a two-state solution impossible.”

It was also about Mr. Kerry’s own personal disappointment. As soon as he took over from Hillary Clinton as secretary of state in 2013, Mr. Kerry plunged into the tar pit of Middle East peace negotiations with an enthusiasm neither Mrs. Clinton nor Mr. Obama shared. The goal was a nine-month negotiation leading to a “final status” of the Israeli-Palestinian conflict by the summer of 2014.

It never got that far. Despite scores of meetings between Mr. Kerry and his two main interlocutors, Mr. Abbas, the Palestinian president, and Mr. Netanyahu, Mr. Kerry and his lead mediators, Martin S. Indyk and Frank Lowenstein, could not make progress. They blamed both sides for taking actions that undermined the process, but the continued expansion of the settlements was one of their leading complaints — an effort, in the American and European view, to establish “facts on the ground” so that territory could not be traded away.

Mr. Netanyahu has accused the United States of “orchestrating” the vote, and his aides have said that Mr. Kerry and Mr. Obama effectively stabbed Israel in the back. Israeli officials have said they have evidence that the United States organized the resolution. Mr. Kerry pushed back at that narrative on Wednesday.

Mr. Netanyahu, for his part, is biding his time and waiting for Mr. Kerry and Mr. Obama to move on. Israeli leaders postponed plans on Wednesday to move ahead with new housing in East Jerusalem, just hours before the speech.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern